Bezirksamt Pankow von Berlin
Gesundheitsamt, Fachbereich 2
Hygiene und Umweltmedizin

Informationen über die Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)

Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns wichtig. Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck personenbezogene Daten erhoben, gespeichert oder weitergeleitet werden. Dieser Information können Sie auch entnehmen, welche Rechte Sie bezüglich des Datenschutzes haben.

Name und Anschrift der Verantwortlichen Stelle im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung
Bezirksamt Pankow von Berlin, Rathaus, Breite Str. 24A-25,13187 Berlin

Ansprechpartner
erreichbar über post.datenschutz@ba-pankow.berlin.de

Art und Umfang der Datenverarbeitung
Name; Anschrift; Geburtsdatum; Laborbefunde; Ortsangaben; Adressen von Institutionen (z.B. Arbeitgeber, Kita, Schule, ärztliche Einrichtungen) die im Zusammenhang mit der jeweiligen Fallbearbeitung stehen, sowie Dokumentation der erhobenen Sachverhalte in Form einer Papierakte, teilweise auch elektronisch. Es erfolgt eine Archivierung der hier eingehenden Post (Anfragen, Mitteilungen oder Bescheide).

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung
Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e DSGVO bildet in Verbindung mit § 3 Berliner Datenschutzgesetz die Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung. Die Datenerhebung ergibt sich aus den folgenden gesetzlichen Grundlagen, nach denen wir tätig sind, v.a.: Berliner Gesundheitsdienstgesetz (GDG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Infektionsverhütungsverordnung, Schädlingsbekämpfungsverordnung, Trinkwasserverordnung, Landeskrankenhausgesetz, Krankenhaus- und Hygieneverordnung, EU-Badegewässerrichtlinien, Gesetz über das Leichen- und Bestattungswesen, Durchführungsverordnung zum Bestattungsgesetz, Gesetz zur Durchführung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV-DG).
Zudem ist das Gesundheitsamt verpflichtet, sein Handeln zu dokumentieren. Dies ergibt sich aus der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Berliner Verwaltung (GGO I §§ 55–63), aus § 630 f. BGB sowie aus § 10 der Berufsordnung für Ärzte.

Alle personenbezogenen Daten unterliegen der ärztlichen Schweigepflicht. Nur in gesetzlich geregelten Fällen (IfSG) dürfen Daten z.B. an Kindertagesstätten, Schulen oder Arbeitgeber ohne Ihre Zustimmung weitergegeben werden, soweit die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf Einwilligung beruht, ist Rechtsgrundlage für die Einwilligung Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO.

Zweck der Datenverarbeitung
Der Zweck der Verarbeitung ist, übertragbaren und umweltbezogenen Krankheiten beim Menschen vorzubeugen, Infektionen frühzeitig zu erkennen und ihre Weiterverbreitung zu verhindern sowie Ermittlungen im Zusammenhang mit ordnungsbehördlichen Bestattungen anstellen zu können.
Die Weitergabe von statistischen Angaben für die Öffentlichkeit (z.B. Gesundheitsberichterstattung) erfolgt ausschließlich in der Form von anonymisierten Summenwerten.

Dauer der Speicherung
Gemäß § 1 a IfSG unter Beachtung von § 61 Abs. 2 GGO I werden die nach Maßgabe der Zwecke des Infektionsschutzgesetzes verarbeiteten personenbezogenen Daten dann gelöscht, wenn diese zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben nicht mehr benötigt werden. Alle Daten, die für Verwaltungsvorgänge erhoben werden, die Einnahmen oder Ausgaben generieren, sind gem. § 71 Anlage 1 Nr. 2.1 und Nr. 3 der Ausführungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung (AV LHO) 6 Jahre aufzubewahren.

Rechte der betroffenen Person
Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet und sind Sie damit Betroffener i. S. d. DSGVO so haben Sie gegenüber dem Verantwortlichen folgende Rechte:

Auskunftsrecht (Artikel 15 DSGVO)
Sie haben das Recht auf Auskunft seitens der Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten (Akteneinsicht), die Empfänger, gegenüber denen Daten offengelegt wurden und über die Herkunft der Daten, wenn die Rechte Dritter dem nicht entgegenstehen.

Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DSGVO)
Sie können die Berichtigung unrichtiger Daten zu Ihrer Person verlangen. Unvollständige Daten müssen unter Berücksichtigung des Zwecks der Verarbeitung vervollständigt werden.

Recht auf Löschung (Artikel 17 DSGVO)
Sie haben grundsätzlich das Recht, die Löschung Ihrer Daten zu verlangen; in der Regel stehen dem jedoch die o.g. Rechtsgrundlagen, d.h. die gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen entgegen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)
Dieses können Sie wahrnehmen, solange Fragen der Richtigkeit der Daten oder deren Löschung noch ungeklärt sind.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)
Sie können verlangen, eine Kopie der Sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem üblichen und maschinenlesbaren Dateiformat zu erhalten.

Widerspruchsrecht (Artikel 21 DSGVO)
Sie haben grundsätzlich ein Widerspruchsrecht auch gegen rechtmäßige Datenverarbeitungen, die im öffentlichen Interesse liegen, die in Ausübung öffentlicher Gewalt oder aufgrund des berechtigten Interesses einer Stelle erfolgen.

Beschränkungen (Artikel 23 DSGVO)
Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder zur Wahrung von Rechten und Freiheiten anderer Personen kann es zur Beschränkung der o.g. Rechte kommen.

Benachrichtigung bei Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten (Artikel 34 DSGVO)
Kommt es zu einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten und hat diese ein hohes Risiko für Ihre persönlichen Rechte und Freiheiten, so benachrichtigt der Verantwortliche Sie unverzüglich darüber.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde
Sie haben gemäß Artikel 77 DSGVO das Recht, sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt. Hierzu können Sie Kontakt aufnehmen mit der **Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit**, Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin, E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de